

Mauren fordert gerechte Kita-Finanzierung

Reform Die Finanzierung der ausserhüslichen Kinderbetreuung soll neu geregelt werden. Dazu hat die Regierung den Gemeinden im Dezember 2015 einen Vernehmlassungsbericht unterbreitet. Die Gemeinde Mauren nimmt dazu Stellung.

VON SILVIA BÖHLER

Durch ein Moratorium der Regierung ist seit 2011 die Verteilung der staatlichen Subventionen für Kindertagesstätten, Tagesstrukturen und Mittagstische eingefroren. Betroffen von dieser Massnahme - also vom Subventionsausschluss - sind bis heute auch der Mittagstisch in Schaanwald, die Tagesstruktur Mauren und die Kinderoase in Mauren. Nun soll die bestehende Ungleichbehandlung der Einrichtungen beseitigt und eine geeignete Finanzierung für weitere Betreuungsplätze gefunden werden. Die Gemeinde

Mauren begrüsst die Vorlage grundsätzlich, im aktuellen Gemeinderatsprotokoll heisst es dazu: «Erwerbstätigkeit und die Erzielung eines Einkommens sind eine Notwendigkeit, um sich einen entsprechenden Lebensstandard leisten zu können, aber auch um eine genügende Altersvorsorge aufzubauen. Der Elternteil, der sich der Kinderbetreuung widmet, fällt während der Phase der Kinderbetreuung aus dem System der Sozialversicherung.» Der Gemeinderat räumt deshalb ein, dass es für die ausserhüsliche Kinderbetreuung einen klaren Bedarf gibt, welcher durch professionelle

Anbieter zu bezahlbaren Preisen abgedeckt werden soll.

Konkrete Vorschläge

Der grösste Teil der zusätzlichen Subventionen soll künftig von der Familienausgleichskasse (FAK) geleistet werden. Da Arbeitgeber die FAK zu rund 97 Prozent finanzieren, ist es für die Maurer Gemeinderäte nachvollziehbar, dass auch «Betriebs-Kitas» durch FAK-Gelder gefördert werden. Nicht tragbar sei jedoch, wenn auch Subventionen des Staates und der Gemeinden an «Betriebs-Kitas» gezahlt werden, falls diese nur exklusiv betriebseigenen

Mitarbeitern zur Verfügung stehen würden. Ebenso sollten Spitzenverdiener von Subventionen ausgeschlossen und die Tarifordnung für den Privatanteil der Betreuungskosten vom Staat per Verordnung geregelt werden. So könne man ein Konkurrenzieren der einzelnen Einrichtungen verhindern.

Die Gemeinde Mauren will einen Beitrag zur ausserhüslichen Kinderbetreuung leisten, «allerdings wird die Regierung aufgefordert, den Gemeindeanteil nicht nur prozentmässig auf Gesetzesebene, sondern zahlenmässig festzulegen», heisst es im Protokoll.